

Liebe Leserinnen und Leser

**Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind die zentralen Werte unserer Partei.**



Dany Gygli

Der Wohlstand und die Stärke der Schweiz beruht auf der freien Marktwirtschaft und einem Staatswesen, das auf Rechtssicherheit basiert. Der freie Wettbewerb fördert Innovation, welche viele kleinere und grössere Schweizer

Firmen zur Weltspitze geführt hat. Diese Erfolge sind nur möglich, weil der Staat die nötigen Regeln erlässt, Grenzen definiert und Missbrauch bestraft. Die FDP bekämpft aber übertriebene staatliche Regulierungen, immer neue Gesetze und die überbordende Bürokratie, welche die Freiheit jedes Einzelnen und die der Wirtschaft zu stark einengt, grosse Kosten verursacht und Arbeitsplätze gefährdet.

Wer sich engagiert, Arbeitsplätze schafft und den Fortschritt sicherstellt, soll die Früchte seines Engagements ernten und gesellschaftlich anerkannt werden.

Jede Person soll selber entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten will. Die Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit einer andern Person tangiert. Diese individuelle Freiheit verpflichtet aber und verlangt zwangsläufig verantwortungsvolle Bürger, die bereit sind die Konsequenzen ihrer Entscheide zu tragen.

Familiäre und berufliche Pflichten sowie Leistungen zu Gunsten der Gemeinschaft sollen vereinbar sein. Dank vernünftigen und eigenverantwortlichen Lösungen, z.B. Flexible Arbeitszeiten oder mobile Arbeitsplätze, sollen alle Frauen und Männer selbst entscheiden können, wie sie ihre Aufgaben erledigen und ihre persönlichen Bedürfnisse verwirklichen können. Dazu gehört insbesondere auch die Möglichkeit zur Übernahme von politischen Aufgaben im Milizsystem. Dem ehrenamtlichen Einsatz in gemeinnützigen Organisationen und Vereinen soll eine spezielle Wertschätzung entgegengebracht werden und die Tätigkeit der Freiwilligen nicht durch enge Reglementierung und bürokratische Vorschriften erschwert werden.

Jeder soll vom Staat eine seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung erhalten. Dabei kommt der Stärkung der Berufslehre grosse Bedeutung zu.

Die FDP setzt sich für nachhaltige Staatsfinanzen, tiefe Steuern und Sozialabgaben ein. Dabei sind aber die Sozialwerke zu erhalten. Als Zuger Partei werden wir uns speziell für eine Anpassung des NFA einsetzen. Es kann nicht sein, dass die Geberkantone ausbluten und deren Schwächung für die ganze Schweiz negative Auswirkungen haben wird.

Heute sind Fragen im Zusammenhang mit der Einwanderungspolitik aktuell. Es ist unbestritten, dass die erfolgreiche Integration von Ausländern in der Schweiz seit Jahrzehnten Tradition hat und auch zur heutigen Spitzenstellung unseres Landes beigetragen hat. Ausländer sind auch in Zukunft willkommen, wenn sie unsere Werte und Rechtsordnung respektieren. Wer unser Gastrecht missbraucht, soll nicht in der Schweiz leben.

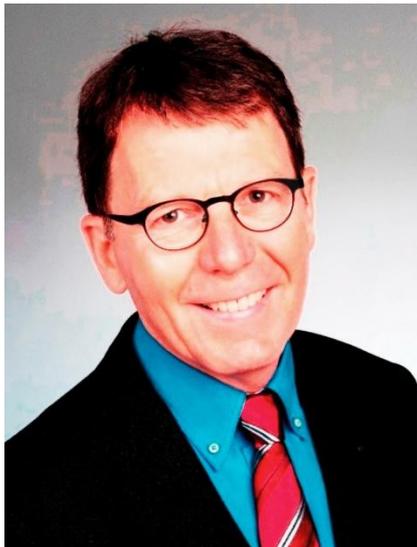
Geschätzte Leserinnen und Leser, bitte unterstützen Sie unsere Partei bei der Umsetzung ihrer Ziele und unsere Kandidaten bei den eid. Wahlen im Herbst.

Dany Gygli  
Präsident FDP.Die Liberalen Hünenberg  
und Nationalratskandidat

**Ersatzwahl für einen Friedensrichter oder eine Friedensrichterin**

Die Friedensrichterin der Gemeinde Hünenberg, Ruth Odermatt, hat ihren Rücktritt per Ende August 2015 bekannt gegeben. Sie führt seit 1. Januar 2009 zusammen mit ihrem Stellvertreter Markus Ambühl das Friedensrichteramt Hünenberg. Bisher haben sich in Hünenberg die Parteien über die Nomination des Friedensrichters/der Friedensrichterin und deren Stellvertretung im Vorfeld einvernehmlich abgesprochen. Somit konnten diese Ämter in stiller Wahl besetzt werden. Leider ist dieses Jahr die CVP auf den Verhandlungswunsch der FDP nicht eingetreten. Vielmehr forderte sie die FDP auf, sie solle auf eine Kandidatur verzichten und reichte gleichzeitig ihre Kandidatur ein. Die FDP ist klar der Meinung, dass bei der Wahl eines Friedensrichters nicht die Parteizugehörigkeit, sondern die Eignung und Erfahrung der Person ausschlaggebend sein soll. Sie sähe gerne den amtierenden Stellvertreter in diesem Amt. Markus Ambühl hat während seiner sechsjährigen Amtszeit als Friedensrichter-Stellvertreter viel Zeit in die Aus- und Weiterbildung investiert. Nach über 200 geführten Fällen verfügt er über eine grosse Erfahrung und Fachkompetenz. Für Hünenberg ein Glücksfall. Dies, sowie die Tatsache, dass

die CVP zu keinen Verhandlungen bereit war, hat die Generalversammlung der FDP vom 1. April 2015 bewogen, Markus Ambühl für das Amt des Friedensrichters zu nominieren. Nun wird die Hünenberger Bevölkerung an der Urne entscheiden müssen, wer für den Rest der Amtsperiode 2013-2018 das Friedensrichteramt ausüben wird. Die Ersatzwahl ist auf Sonntag, den 14. Juni 2015 festgesetzt worden.



**Markus Ambühl** (1952)  
Kaufmann, selbständig  
Friedensrichter-Stellvertreter seit 2009

Interview mit Markus Ambühl

*Red: Herr Ambühl, während mehr als 6 Jahren üben Sie das Amt des Friedensrichter-Stellvertreters unserer Gemeinde aus. Was sind die Aufgaben eines Friedensrichters?*

AM: Der Friedensrichter, als Mitglied der Gerichtsbehörde, vermittelt zwischen den Parteien nach dem bewährten Grundsatz: "Erst schlichten, dann richten". An der Schlichtungsverhandlung bietet sich den Parteien die Möglichkeit sich zu einigen. Als Friedensrichter versuche ich die Wogen zu glätten und den Austausch auf der Sachebene zu halten. Können sich die Parteien einigen, verfasse ich den Vergleich und der Fall kann abgeschlossen werden. So sparen sich die Parteien weitere Umtriebe und beim Staat fallen keine weiteren Gerichtskosten an. Bei kleineren Streitwerten kann ich, auf Antrag der klagenden Partei, einen Entscheid fällen oder einen Urteilsvorschlag ausarbeiten. Kommt keine Einigung zustande, stelle ich der klagenden Partei die Klagebewilligung aus, damit kann sie die Klage weiterziehen.

*Red: Wie verhält es sich mit der Aufgabenteilung zwischen Friedensrichter bzw. -stellvertreter?*

AM: In Hünenberg leben wir keine Hierarchie. Wir arbeiten abwechselnd in Zeitblöcken von vier Monaten und bearbeiten die in diesem Zeitraum eingehenden Gesuche selbständig. Wir teilen also die jährlich rund achtzig eingehenden Gesuche auf. So bleiben beide Amtsträger auf gleichem

Wissens- und Erfahrungsstand. Ebenso verhält es sich bei administrativen Arbeiten wie Berichterstattung an das Obergericht, Statistiken usw.

*Red. Können Sie das Anforderungsprofil an einen Friedensrichter kurz umschreiben?*

MA: Voraussetzungen sind: Lebenserfahrung, gesunder Menschenverstand, Führungserfahrung, gute Auffassungsgabe und Kenntnisse von Verhandlungstechniken, Grundkenntnisse im Zivilprozessrecht und von Betreibungsverfahren. Zeitliche Flexibilität und eine sehr gute Selbstorganisation, sprachliche Ausdrucksfähigkeit und gute EDV-Kenntnisse sind ebenso wichtig. Oft braucht es auch Geduld, Kreativität und eine Prise Humor.

*Red. Warum sind Sie der richtige Kandidat für das Friedensrichteramt?*

AM: Ich sehe die Aufgabe in erster Linie als meinen Beitrag im Interesse eines funktionierenden Staatswesens. Ruth Odermatt und mir sind Qualität und Kontinuität wichtig. Nach der Einführung der neuen ZPO (Zivilprozessordnung) ab 2011 haben wir gemeinsam sämtliche Prozesse, Formulare etc. aktualisiert. Erfahrungen und Wissen möchten wir erhalten und weitergeben. Um die gleichzeitige Demission zu verhindern haben wir uns lange im Voraus abgesprochen. Mit Erfahrung aus zweihundert geführten Fällen und durch permanente Aus- und Weiterbildung fühle ich mich fit für dieses Amt. Im Interesse eines gut funktionierenden Friedensrichteramtes in Hünenberg würde ich mich freuen, mein ganzes know-how weiterzugeben und die neue Stellvertretung bei der Einarbeitung zu unterstützen.

*Red: Sie haben das Schlusswort*

AM: Den parteipolitischen Machtkampf, provoziert durch die CVP, bedaure ich sehr. Persönlich hätte ich der Gemeinde Hünenberg die Wahlkosten von ein paar tausend Steuerfranken gerne erspart. Mein Fazit: Ein bewährte/r Stellvertreter/in soll bei einer künftigen Wahl, parteiunabhängig als Friedensrichter nachrutschen.

*Red: Vielen Dank für das Interview. Wir hoffen, dass Sie Ihre Tätigkeit in Zukunft als Friedensrichter ausüben können und wünschen Ihnen Erfolg bei den Wahlen.*

## Erbschaftssteuer-Initiative Die negativen Folgen für uns alle



**Beat Unternährer**  
FDP-Kantonsrat

Die im Juni 2015 zur Abstimmung gelangende Erbschaftssteuer-Initiative ist nicht nur ein Angriff auf das Privateigentum, sondern stellt auch eine bedeutende Gefahr für unsere Wirtschaft dar. Zudem missachtet sie auch unser föderalistisches Steuerprinzip. Die Initiative sieht vor, dass die Besteuerungskompetenz der Kantone bei Erbschaften und Schenkungen aufgehoben wird und neu auf Bundesebene geregelt werden soll. In den meisten Kantonen werden heute bei Schenkungen und Erbschaften an die Kinder keine Erbschafts- beziehungsweise Schenkungssteuern erhoben. Dies soll sich gemäss Absicht der Initianten nun drastisch ändern:

Neu soll auf Bundesebene eine Erbschafts- und Schenkungssteuer eingeführt werden. Der Steuersatz soll einheitlich 20% betragen, wobei ein einmaliger Freibetrag von 2 Millionen Franken geltend gemacht werden kann. Zu grosser Empörung Anlass gab zu Recht der Initiativvorschlag, dass Schenkungen rückwirkend ab 1. Januar 2012 dem Nachlass zugerechnet werden sollen.

Bei Unternehmen sieht die Initiative eine reduzierte Besteuerung vor. Allerdings fehlt eine konkrete Ausgestaltung.

Verfänglich ist der Vorschlag, dass die Erträge aus diesen Steuern zu zwei Dritteln an die AHV und zu einem Drittel an die Kantone gehen sollen. Nachhaltige AHV- und Steuererträge sind bekanntlich nur auf dem Fundament einer starken Wirtschaft zu erzielen. Eine solche wird durch diese Initiative sicherlich nicht gefördert, wie ich nachstehend kurz erläutere.

Aus steuerlicher Sicht ist festzuhalten, dass eine Annahme der Erbschaftssteuer-Initiative die Schweiz im internationalen Vergleich ins Abseits manövrieren würde.

seit 1912

# Elektro Luthiger AG

**6331 Hünenberg**  
**Telefon 041 780 37 48**

Ihr Dorfelektriker

Kein Licht, kein Strom  
Luthiger kommt schon

- Planung
- Um- und Neubauten
- Elektroapparate

- Garagentorantriebe
- Telefon
- Reparaturen

7 x 24 Std.  
Service

Die Schweiz verfügt bereits heute über eine beträchtliche Vermögensbesteuerung. In verschiedenen EU-Ländern kennt man heute keine solche. Bei der Vermögenssteuer handelt es sich bereits um eine reine Besteuerung von Substanz. Diese Substanz musste zuerst aufgebaut werden. In der Regel mit Einkommen oder Gewinnen, welche bereits besteuert worden sind.

Verschiedene EU-Länder kennen auch keine Erbschaftssteuer. Es ist beispielsweise bekannt, dass das erbschaftssteuerfreie Österreich bereits heute versucht, in der Schweiz ansässige Unternehmerpersönlichkeiten anzulocken. Es ist wichtig, dass wir Abwanderungen verhindern, profitieren wir alle doch von guten Steuerzahlern, welche notabene viel zur Finanzierung unserer Schulen und Sozialwerke beitragen.

Die Erbschaftssteuer-Initiative ist aber auch gefährlich, weil eine Annahme die Schweizer KMU schwächen und die Eigentumsbildung, eine wichtige wirtschaftliche Triebfeder, stark negativ beeinträchtigen würde. Wir haben in der Schweiz eine Wirtschaft, in welcher KMU eine tragende Rolle spielen. Für das nachhaltige Gedeihen vieler KMU ist es zentral, dass Unternehmer ihre Nachfolge möglichst mühelos innerhalb der Familie regeln können - sofern fähige Nachfolger vorhanden sind. In der Schweiz steht eine grosse Anzahl solcher Nachfolgeregelungen an. Dabei haben viele KMU zwar eine gute Substanz, aber nicht genügend flüssige Mittel, um dem Unternehmer die Bezahlung einer beträchtlichen Erbschaftssteuer zu ermöglichen. Ein wesentlicher Teil familieninterner Nachfolgeregelungen würde so bei Annahme der Initiative stark behindert oder gar verunmöglicht, weil Unternehmer aus Liquiditätsgründen zu einem Gesamt- oder Teilverkauf gezwungen würden.

Es kann nicht stark genug betont werden, dass die Möglichkeit zur uneingeschränkten Bildung von Eigentum eine wichtige wirtschaftliche Triebfeder ist. Das bringt Stabilität in Familien und Unternehmen. Eigentum schafft aber auch die Möglichkeiten, um unsere Gesellschaft mit guten wirtschaftlichen Investitionen zu fördern oder mit philanthropischen Beiträgen auf freiwilliger Basis zu unterstützen.

Der Schutz des privaten Eigentums vor Zugriffen des Staates ist ein zentrales liberales Anliegen. Wir haben es in der Hand, im Juni 2015 mit einem NEIN zur Erbschaftssteuer-Initiative die Schweiz als Ort zu erhalten, wo Unternehmer, im Interesse von uns allen, weiter gedeihen können.

Beat Unternährer  
FDP-Kantonsrat, Hünenberg

## Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit



**Joachim Eder**  
FDP Ständerat  
Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission

In einer Interpellation habe ich dem Bundesrat im vergangenen Herbst verschiedene Fragen gestellt und damit den ganzen Problemkreis Terrorismus und Islamischer Staat im Bundesparlament lanciert. Spätestens bei der Lektüre des Lageberichtes 2014 des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) läuteten bei mir nämlich die Alarml Glocken. Dort ist u.a. folgendes zu lesen: «Der Terrorismus stellt weiterhin eine Bedrohung für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz dar. Die Bedrohung geht vor allem vom dschihadistischen Terrorismus aus, das heisst von der global ausgerichteten, von der Ideologie der al-Qaida inspirierten Bewegung. Zwar ist die Schweiz weiterhin kein erklärtes prioritäres Ziel dschihadistisch motivierter Gruppierungen. Aber auch ideologisch radikalisierte Einzeltäter können Terroranschläge verüben...» Seither habe ich mich an verschiedenen Orten, beispielsweise auch in einer Arena-Sendung des Schweizer Fernsehens, für die zwingend notwendige Stärkung unseres Nachrichtendienstes eingesetzt. Folgende drei Punkte sind mir dabei speziell wichtig:

1. Der NDB leistet gute Arbeit in einem regulatorisch schwierigen Umfeld. Seine Analysen, beispielsweise zu Syrien, Ägypten, Russland oder den dschihadistischen Reisebewegungen sollten noch mehr in die politische Entscheidungsfindung einfließen.
2. Angesichts der gestiegenen Bedrohungen - ein Blick über unsere Landesgrenze hinaus genügt - ist es für das Parlament jetzt Zeit, Verantwortung zu übernehmen und dem NDB die nötigen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben zu geben. Konkret heisst dies, dass er zukünftig über mehr rechtliche, finanzielle und technologische Mittel verfügen muss, um Gefahren erkennen und bekämpfen zu können. Alles andere ist aus meiner Sicht eine Einladung an die Terroristen, also ein sicherheitspolitisches Eigengol.
3. Der NDB ist ein im internationalen Vergleich kleiner Dienst, und seine Möglichkeiten sind gegenwärtig eng begrenzt. Er darf deshalb nicht noch durch Sparauflagen geschwächt werden. Der seinerzeitige Beschluss des Nationalrates, die Personalausgaben des Bundes um 300 Millionen Franken zu senken, würde auch den NDB empfindlich treffen.

Mein Fazit: Einen wirkungsvollen Kampf gegen den Terrorismus der Organisation "Islamischer Staat" sowie gegen verwandte Organisationen aufzunehmen heisst, dass wir unseren Nachrichtendienst nicht schwächen dürfen, sondern ihn zwingend stärken müssen. Ohne Sicherheit gibt es nämlich keine Freiheit!

Joachim Eder  
FDP Ständerat, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission

Golf-Trading AG - MyGolf - Chamerstr. 172 - 6300 Zug

# GOLF SHOP

**Top Marken  
Top Qualität  
Top Preise**

Shop mit modernstem Golfsimulator für beste Beratung und Fitting-Möglichkeiten!

Besuchen Sie unseren Online Shop:  
[www.mygolf.ch](http://www.mygolf.ch)



## NFA: Unverständliche Haltung des Ständerates



**Bruno Pezzatti**  
FDP Nationalrat  
Edlibach

Die Enttäuschung über das andauernde Übergehen von NFA-Anliegen der Geberkantone ist in den vergangenen Jahren gross, sehr gross geworden; besonders im Kanton Zug, dem grössten Nettozahler in Bezug auf die Pro Kopf-Zahlungen. Im Jahr 2015 werden es über 2'800 Franken pro Kopf sein! Das Fass zum Überlaufen brachte in der Wintersession der Ständerat mit der Abschmetterung des moderaten Änderungsantrages des Bundesrates zum Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs

für die Beitragsperiode 2016-2019. Konkret ging es darum, dass die Zahlungen in den Topf für den Ressourcenausgleich aufgrund der in der Finanzierungsperiode 2012-2015 erreichten Überdotierung um insgesamt 330 Mio. Franken hätten gekürzt werden sollen, d.h. um 134 Mio. Franken für die Geberkantone und um 196 Mio. für den Bund.

Die Kürzung würde für den Kanton Zug immerhin eine Reduktion von 27 Mio. Franken bedeuten.

In der 2. Woche der Frühlingssession 2015 kam für die Geberkantone Hoffnung auf. Der Nationalrat hat als Zweitrat dem Antrag seiner Finanzkommission und damit dem moderaten Vorschlag des Bundesrates mit 101 zu 88 Stimmen klar zugestimmt. Dabei ist zu erwähnen, dass ich zusammen mit Kantonsrat Beat Unternährer und der Geschäftsführerin der FDP des Kantons Zug, Birgit Siegrist, am 9. Februar 2015 die Gelegenheit bekam, vor der Finanzkommission des Nationalrates die Petition der Zuger FDP aus dem Jahre 2009: "2000 Franken sind genug!" zu begründen.

Nach dem Freudentag in der 2. Sessionswoche mit dem klaren NFA-Entscheid des Nationalrates zu Gunsten einer Entlastung der Geberkantone um 134 Millionen Franken folgte in der 3. Sessionswoche der grosse Frust: Zur grossen Enttäuschung bleibt der Ständerat bei seinem Nein. Die Geberkantone sollen weiterhin gleich viel in den NFA einzahlen wie bisher. Schlimm an diesem Entscheid ist, dass der Ständerat damit den künftigen Zusammenhalt des Landes gefährdet. Mit dieser "Hypothek" geht es in der Sommersession in die 2. Differenzvereinbarungsrunde. Der Nationalrat wird – das ist absehbar – an seinem Beschluss, d.h. am moderaten Antrag des Bundesrates, festhalten. Denn weder die Nehmerkantone noch der Bund können ein Interesse daran haben, die Geberkantone und Wirtschaftsmotoren unseres Landes weiterhin mit überrissenen Umverteilungszahlungen zu schwächen. Der Preis, der dafür zu bezahlen wäre, ist zu hoch: Es drohen, Wegzug von bedeutenden internationalen Unternehmen aus der Schweiz, Verlust von Arbeitsplätzen, Erosion bei den Bundessteuern und schmerzhaftes Wohlstandsverluste in allen Kantonen.

Es liegt also am Ständerat, endlich umzudenken, klüger zu werden und einer Einigung auf der Linie des Bundesrates/Nationalrates zuzustimmen. Tut er es nicht, erleidet die Vorlage Schiffbruch. Das bedeutet, dass der bisherige Bundesbeschluss für weitere zwei Jahre bis Ende 2017 in Kraft bleibt.. Wird in dieser Zeit keine neue Lösung gefunden, entfällt der Ressourcenausgleichstopf vollends, nicht aber die anderen Töpfe. Die Nehmerkantone hätten dann das Nachsehen. Wenn es in den kommenden Wochen zu keiner Einigung kommt, muss unbedingt das Kantons-Referendum ergriffen werden.

Bruno Pezzatti  
FDP Nationalrat, Edlibach

## Eidg. Wahlen vom 18. Okt. 2015 – Die Kandidierenden der FDP

An der ersten Parteiversammlung vom 19. Februar 2015 nominierte die FDP des Kantons Zug ihre Kandidaten für die Ständerats- und Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015.



Auf Antrag der Geschäftsleitung der FDP des Kantons Zug hat die Parteiversammlung für die kommenden Ständeratswahlen den Bisherigen Joachim Eder nominiert.

Für die Nationalratswahlen werden sich auf zwei Listen neben dem Bisherigen Bruno Pezzatti fünf weitere Persönlichkeiten der Wahl stellen. Auf der einen Liste kandidieren der Bisherige Bruno Pezzatti, Edlibach, Kantonsrätin Gabriela Ingold, Unterägeri, der Präsident der Stadtzuger FDP, Patrick Mollet, Zug, und auf der andern Liste sind dies Arno Grüter, Cham, Präsident der FDP Cham, Birgitt Siegrist, Zug, Geschäftsführerin der Kantonalpartei, sowie Dany Gygli, Hünenberg, Präsident der FDP Hünenberg.

Die FDP ist überzeugt, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit dem bisherigen Amtsinhaber und den fünf weiteren Kandidierenden eine erstklassige Auswahl zu bieten.

Auch wenn die Wiederwahl des Bisherigen Bruno Pezzatti durchaus im Vordergrund steht, steht ausser Diskussion, dass auch alle übrigen Kandidierenden willens und in der Lage sind, im Fall einer Wahl das anspruchsvolle Amt auf hohem Niveau auszuüben.

Mit den fünf zusätzlichen Kandidierenden stellt sich zudem eine neue Generation zur Verfügung, die sich später für andere Mandate empfehlen kann. Alle Kandidierenden verfügen über privatwirtschaftliche Berufserfahrungen und sind so in der Lage, die liberale Sicht in die Bundespolitik einzubringen.

Warum nicht die Politik aktiv mitgestalten?

Warum nicht Mitglied der FDP werden?

[www.fdp-huenenberg.ch](http://www.fdp-huenenberg.ch)

### Impressum

Herausgeberin: FDP.Die Liberalen Hünenberg  
Auflage: 4'500 Exemplare  
Redaktion: Bruno Briner  
Design/DTP: above-i gmbh, Zug  
Satz/Druck: Druckerei im Bösch AG

## Kulinarium

**Kaufen Sie Käse direkt beim Affineur**

**Lustenberger + Dürst SA**

Langrütistrasse 1, 6333 Hünenberg See

Tel. 041 784 16 16

[shop@lustenberger.com](mailto:shop@lustenberger.com) • [www.le-superbe.com](http://www.le-superbe.com)

### Öffnungszeiten

Freitag 13.30 - 18.30 Uhr

Samstag 09.00 - 12.00 Uhr

